

Folge des Amoklaufs:

Sicherheit im Fokus

Kreisgremien diskutierten über mögliche Maßnahmen an Gebäuden

Der Amoklauf von Lörrach hat auch konkrete Folgen für Gebäude des Kreises Bad Kreuznach. In einer gemeinsamen Sitzung legten mehrere Kreistagsausschüsse wichtige Sicherheitsdetails fest.

Kreis Bad Kreuznach. Nach dem Amoklauf in Lörrach, bei dem am 26. September vier Menschen starben und mehrere schwer verletzt wurden, will die Kreisverwaltung „nun zügig vorbeugende Maßnahmen umsetzen“. Was konkret in die Wege geleitet wird, berieten Ausschüsse des Kreistags hinter verschlossenen Türen. Durch eine öffentliche Debatte könnten auch mögliche Täter Hinweise erhalten, hieß es. Weitere Themen:

P Nach den Sommerferien 2012 werden die Ebernburger Realschule und die Franz-von-Sickingen-Hauptschule gemeinsam eine kooperative Realschule plus bilden. Damit folgen sie dem Modell der diesen Sommer gestarteten Realschule plus an der Heidenmauer in Bad Kreuznach. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hingegen favorisiert die integrative Form, bei der die vorherigen Bildungszweige vollständig ineinander aufgehen. In Ebernburg hätten sich aber Schulleitung, Kollegium und Elternvertreter auf die kooperative Form verständigt, betont Wilhelm Reuß, geschäftsleitender Beamter der der Kreisverwaltung. Schon 2011 soll an bis dahin noch nicht fusionierten Schulen eine gemeinsame Orientierungsstufe starten.

P Acht Millionen Euro sollen bis 2012 in die Sanierung der Realschule Plus in Bad Sobernheim fließen. Da der Kreis das Gebäude von der Verbandsgemeinde (VG) übernommen hat, muss er nun dieses Geld aufbringen. Der Kreisbauausschuss übernahm die Verträge der VG mit Baufirmen und stellte die Mittel in den Kreishaushalt ein.

P Für eine neue Mensa und eine weitere Halle im Bad Sobernheimer Emanuel-Felke-Gymnasium sind 822 000 Euro kalkuliert. Der Ausschuss vergab in dieser Höhe Aufträge an Baufirmen.

P Auch für das Gymnasium am Römerkastell in Bad Kreuznach fehlt noch eine Mensa. Kürzlich haben sich neue Möglichkeiten ergeben, den Speisesaal zu finanzieren. Ursprünglich waren dafür eine Million Euro allein aus dem Kreisetat angedacht.

P Die Beihilfen zu Heizkosten wurden neu geregelt. Im vorherigen Winter rechnete die Verwaltung noch pro Kopf ab, nun pro Haushalt. So kann eine fünfköpfige Familie 788 Euro für Kohle oder 777 Euro für Heizöl erwarten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungslosenhilfe sieht es kritisch, solche Beträge festzulegen. In einer Pressemitteilung fordert sie eine Übernahme der tatsächlichen Heizkosten. (gb)